

# Wahlprüfsteine 2021

## Innere Sicherheit, Kriminalpolitik und Kriminalitätsbekämpfung

- 1. Welchen Stellenwert hat die Innere Sicherheit in Ihrer Parteiarbeit und wo siedeln Sie bei den anstehenden Landtagswahlen das Thema in einer Prioritätenliste der Themen an?**

Antwort:

Die Innere Sicherheit hat für die Freien Demokraten einen hohen Stellenwert bei allen politischen Betrachtungen. Obwohl wir in den kommenden Monaten insbesondere die Bereiche Wirtschaft und Digitalisierung priorisieren müssen, werden wir auch die Innere Sicherheit im Blick haben, denn insbesondere die Rechtssicherheit ist ein herausragender Standortvorteil.

- 2. Welche Themen im Bereich der Inneren Sicherheit sind für Sie in der kommenden Legislaturperiode am wichtigsten und welche konkreten Maßnahmen planen Sie in diesen Themen?**

Antwort:

Die Auflösung des sogenannten „Beförderungsstaus“ in der Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt ist eines unserer vordringlichen Themen. Wir wollen ein umfassendes Personalentwicklungskonzept implementieren, das u.a. zusätzliche Stellen, einen veränderten Stellenkegel aber auch Aufstiegschancen berücksichtigt. Im Weiteren wollen wir zusätzliche Stellen in der Polizeiverwaltung schaffen und so die Entlastung des Polizeivollzuges von Verwaltungstätigkeit ermöglichen. Zudem werden wir die Ertüchtigung der Liegenschaften und die technische Ausstattung der Polizei voranbringen.

- 3. Wie bewertet Ihre Partei die aktuelle Polizeistruktur im Allgemeinen und die Struktur der Kriminalpolizei im Besonderen? Halten Sie weitere Anpassungen für erforderlich?**

Antwort:

Erneute Veränderungen in der Polizeistruktur sind derzeit nicht Gegenstand unserer Überlegungen. Alle Bereiche müssen so aufgestellt werden, dass sie optimal ihre Aufgabenbereiche erfüllen können. Das ist weniger eine Frage der Struktur als mehr der personellen und sachlichen Ausstattung aller Bereiche der Polizei.

**4. Wie steht Ihre Partei zum Thema Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsdaten (sog. „Vorratsdatenspeicherung“)?**

Antwort:

Veränderungen bei Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsdaten haben wir nicht vorgesehen. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs ist zu berücksichtigen.

**5. Wie steht Ihre Partei zur DNA-Erhebung als Standardmaßnahme von erkennungsdienstlichen Behandlungen?**

Antwort:

Überlegungen zu einer DNA-Erhebung als Standardmaßnahme, vergleichbar der Daktyloskopie, stehen wir offen gegenüber.

**6. Welche Vorstellungen gibt es in Ihrer Partei zur Weiterentwicklung (oder auch Korrektur) des bestehenden SOG?**

Antwort:

Akuten Änderungsbedarf im SOG LSA sehen wir derzeit nicht.

**7. Wie steht Ihre Partei zu einem einheitlichen Polizeigesetz in Bund und Ländern?**

Antwort:

Ein einheitliches Polizeigesetz für Bund und Länder widerspricht dem föderalen Gedanken der Bundesrepublik Deutschland. Die Freien Demokraten setzen sich für eine Harmonisierung von Eingriffsmaßnahmen ein, um Rechtssicherheit bei den Mitarbeitern in den Behörden zu ermöglichen.

**8. Welche Vorstellungen haben Sie zu einer Optimierung der Sicherheitsarchitektur in Bund und Land?**

Antwort:

Insbesondere im Bereich der Harmonisierung von digitaler Infrastruktur und Kommunikation muss es weitere Verbesserungen auf Bund und Länderebene geben. Informationen zu Straftaten und Straftätern sollten den Ermittlungsbehörden zeitnah zur Verfügung stehen. Darüber hinaus wollen wir auf Bundesebene eine Föderalismuskommission III einsetzen, um eine Reform der Sicherheitsarchitektur in Deutschland zu ermöglichen.

**9. Wie möchte Ihre Partei den Strafverfolgungsanspruch des Staates bei der Bekämpfung von Cybercrime durchsetzen?**

Antwort:

Durch die Einrichtung und den konsequenten Ausbau sogenannter Expertenbereiche in der IT. Der digitale Raum muss von der Polizei annähernd gleich geschützt werden können wie der analoge.

**10. Welche Initiativen wollen Sie auf Bundesebene im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung/Strafverfolgung möglichst schnell und vorrangig umgesetzt sehen?**

Antwort:

Den Ausbau und die Harmonisierung der polizeilichen Infrastruktur.

**11. Welche Möglichkeiten sehen Sie, „OK“ in Sachsen-Anhalt wirksamer zu bekämpfen?**

Antwort:

Insbesondere die „OK“ Dienststellen müssen technisch und personell so ausgestattet werden, dass sie den Anforderungen an ihr schwieriges Handwerk gerecht werden können, d. h. in diesen Bereichen bedarf es eines personalen Zuwachses.

**12. Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, rechtskräftig abgeschöpfte Gewinne den Sicherheitsbehörden für ihre Aufgabenwahrnehmung zur Verfügung zu stellen?**

Antwort:

Diesem Vorschlag stehen wir kritisch gegenüber, aus unserer Sicht könnte dies zu falschen Impulsen im Rahmen der Strafverfolgung führen. Sicherheitsbehörden sollten alle erforderlichen Mittel erhalten um ihren Bedarfen, auch ohne Umsetzung solcher Vorschläge, gerecht zu werden.

## **Personal und Haushalt**

**1. Wie bewertet Ihre Partei die aktuelle Haushaltsstellenstärke der Polizei (Vollzugsstellen- und Nichtvollzugsstellen) und die aktuelle tatsächliche Personalbesetzung der Stellen – auch im bundesweiten Vergleich?**

Die Freien Demokraten setzen sich für eine Personalstärke von 7.000 Polizeivollzugsbeamte in Sachsen-Anhalt ein und für die zusätzliche Einstellung von Kriminalsekretären im Beschäftigtenbereich, die den Vollzug von Verwaltungsaufgaben entlasten. Binnen der nächsten 5 Jahre wollen wir die Polizeiverwaltung auf 1.500 Stellen aufstocken.

**2. Wie bewertet Ihre Partei die Personalentwicklung der Polizei in den letzten zehn Jahren – auch mit Blick auf einen Bundesvergleich?**

Die Personalentwicklung in der Polizei ist aus Sicht der FDP ein Desaster. Der über Jahre andauernde Abbau von Vollzugsbeamten und Beschäftigten hat zu einem Ausbluten der Polizei insbesondere im Bereich der fachlichen Expertise geführt. Die Landesregierung hat leider erst ab 2017, aus unserer Sicht viel zu spät, dieser Entwicklung entgegengesteuert.

**3. Welche Maßnahmen planen Sie im Bereich der Haushaltsstellen für die Polizei – getrennt nach Vollzug und Nichtvollzug?**

Siehe zu 1.

**4. Ist Ihre Partei bereit, einen Ausbildungskorridor in den nächsten Jahren im Vollzugsbereich der Polizei zu unterstützen, der über den reinen Nachersatz hinausgeht? Welche Personalstärke halten sie für notwendig? Welche Vorstellungen haben sie zu deren Erreichbarkeit?**

Antwort:

Im Bereich des Polizeivollzuges müssen genau so viele Vollzugsbeamte ausgebildet werden wie es erforderlich ist die angestrebte Beschäftigtenzahl zu erreichen und zu halten. Dazu werden wir in den kommenden Jahren die Einstellungszahlen erhöhen. Der schleichende Personalabbau durch Pensionierung muss dauerhaft gestoppt werden.

**5. Wie bewerten Sie die aktuelle Ausstattung der Polizei mit Haushaltsmitteln und plant Ihre Partei Anpassungen – auch mit Blick auf die Auswirkungen von Corona?**

Die Haushaltsmittel für die Polizei müssen deren Bedarfen gerecht werden, dies natürlich im Abgleich mit allen anderen Aufgaben des Landes. Dabei müssen aus unserer Sicht die in Teilen begonnene Verbesserungen der technischen Ausstattung verstätigt und in anderen Teilen (IT) deutlich angehoben werden. Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist für uns Freie Demokraten Kernaufgabe des Staates und daher von besonderer Notwendigkeit.

**6. Welche Änderungen plant Ihre Partei im Bereich der Besoldung und Versorgung in der kommenden Legislaturperiode?**

Eine angemessene Besoldung ist Teil der Alimentationspflicht des Staates gegenüber seinen Beamtinnen und Beamten. Wir werden zukünftige Tarifabschlüsse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenbesoldung übertragen. Zudem soll im Rahmen des Personalentwicklungskonzepts auch

über die Anpassung der Zulagen und deren Ruhegehaltsfähigkeit entschieden werden. Grundsätzlich wollen wir dies im Austausch mit den Polizeigewerkschaften beraten.

**7. Wie steht Ihre Partei zu der zeitgleichen 1:1-Übernahme von Tarifergebnissen (TV-L) für die Dauer der nächsten Legislaturperiode und wie stehen sie zur Schaffung einer automatischen gesetzlichen Regelung der Übernahme, wie es z.B. in Parlamenten bereits geregelt ist?**

Eine solche Übernahme von Tarifergebnissen (siehe Frage 6) halten wir für sinnvoll und geeignet die Arbeitszufriedenheit im Bereich der Landesbeamten zu erhalten.

**8. Welche Position beziehen sie zum Beförderungsstau bei der Polizei und wie wollen sie diesen abbauen?**

Der Beförderungsstau in der Polizei muss abgebaut werden. Hierzu wollen wir den Stellenplan so ändern, das im ersten und zweiten Beförderungssamt ausreichend Stellen zur Verfügung stehen, um die Leistungen der Beamten zu berücksichtigen.

**9. Wie sehen sie die Regelung, dass es trotz Einweisung in einen höher bewerteten Dienstposten keinen Beförderungsanspruch gibt? (Beamtenrechtlich wäre aus unserer Sicht folgender allgemeiner Grundsatz umzusetzen: Dienstpostenausschreibung- Gewinn der Ausschreibung- Einweisung in den Dienstposten- erfolgreiche Bewährung in der Probezeit- zeitnahe Beförderung !!!)**

Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass Beamte die Besoldung erhalten, die ihnen für die Tätigkeit auf ihren Dienstposten zusteht. Sollten gesetzliche Änderungen erforderlich sein, um dies zu erreichen, werden wir diese zeitnah vornehmen.

**10. Wie steht Ihre Partei zum Thema Bürgerversicherung mit Blick auf das bestehende Beihilfe- und Heilfürsorgesystem?**

Die Freien Demokraten sehen derzeit keinen Handlungsbedarf, da durch Überführung von Beihilfe und Heilfürsorge in die anderen Krankenversicherungssysteme zusätzlich umfangreiche Kosten für diese Systeme entstehen würden.

## Öffentliches Dienstrecht und Datenschutz

### 1. **Wie steht Ihre Partei zum Thema Lebensarbeitszeitkonto/Langzeitarbeitskonto?**

Die Freien Demokraten befürwortet die Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten.

### 2. **Wie steht Ihre Partei zur aktuellen Wochenarbeitszeit der Landesbeamtinnen und -beamten sowie der Tarifbeschäftigten – sind hier Änderungen geplant?**

Eine Änderung bei der Wochenarbeitszeit ist nicht geplant.

### 3. **Wie steht Ihre Partei zur allgemeinen Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Vollzugsdienst?**

Wir lehnen eine gesetzliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Vollzugsdienst ab. Eine solche Verlängerung berücksichtigt die besonderen Herausforderungen und Belastungen der Beamten nicht. Einer freiwilligen Verlängerung (auf Bitten des Beamten) stehen wir offen gegenüber.

### 4. **Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen hinsichtlich einer Modernisierung des öffentlichen Dienstrechtes, wie es jüngst im Bund vorgenommen wurde?**

Aktuell gibt es für Sachsen-Anhalt keine Überlegungen zu Änderungen. Gleichwohl werden wir uns mit den gesetzlichen Änderungen des Bundes beschäftigen.

### 5. **Wie steht Ihre Partei zur Angleichung der Pensionsansprüche an die sog. „Mütterrente“, wie sie im Bund und in einigen Bundesländern bereits erfolgt ist?**

Hierzu gibt es seitens der Freien Demokraten keine Planungen.

### 6. **Wie steht Ihre Partei zur Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, wie sie beispielsweise in Bayern oder Nordrhein-Westfalen wieder eingeführt wurde?**

Wir befürworten die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulagen. Dies soll nach unserer Auffassung Teil des Personalentwicklungskonzeptes sein.

### 7. **Halten Sie die Vergütung im Bereich Rufbereitschaft und Überstunden/Mehrarbeit sowie die Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten in der Polizei derzeit für angemessen?**

Eine Harmonisierung der Vergütung im Bereich Rufbereitschaft und Überstunden/Mehrarbeit sowie die Zulage im Bereich Dienst zu ungünstigen Zeiten mit den Regelungen in anderen Bundesländern, ist aus unserer Sicht, schon im Hinblick auf die Rechtsprechung des europäischen Gerichtshofs, sinnvoll und erforderlich.

**8. Wie steht Ihre Partei zu einer Altersteilzeitregelung im öffentlichen Dienst für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.**

Aus unserer Sicht ist die Einrichtung eines Lebensarbeitszeitkontos sinnvoller und der Altersteilzeitregelung vorzuziehen, zumal wir so lange wie möglich vom Fachwissen unserer Landesbediensteten profitieren wollen.

**9. Gibt es in ihrer Partei Überlegungen zu einem Antidiskriminierungsgesetz wie z.B. das Berliner LADG?**

Wir Freie Demokraten werden kein Landesantidiskriminierungsgesetz in Sachsen-Anhalt einführen.

**10. Planen Sie eine Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) zu einem Transparenzgesetz (TG), nachdem behördliche Informationen nicht nur auf Anfrage, sondern proaktiv veröffentlicht werden?**

Nein, ein Transparenzgesetz planen wir nicht. Das Informationsfreiheitsgesetz hat sich unserer Ansicht nach grundsätzlich bewährt. Wir wollen aber das E-Government-Gesetz LSA novellieren und so mehr in den Verwaltungen vorhandene Daten offenlegen (OpenData Strategie).

**11. Welche Bereiche sollen Ihrer Auffassung nach unter ein IFG oder TG fallen und welche nicht?**

Entfällt!

**12. Wie bewerten Sie die Erhebung von Gebühren im Rahmen eines IFG oder TG?**

Die Erhebung von Gebühren wollen wir nicht grundsätzlich ausschließen. Allerdings soll sich das ob und die Höhe der Gebühr an dem Aufwand für die Verwaltung orientieren.

**13. Welche Rechte benötigt Ihrer Auffassung nach der/des Landesbeauftragten für den Datenschutz Sachsen-Anhalt, um die Durchsetzung eines IFG oder TG zu gewährleisten**

**(insbesondere hinsichtlich einer Weisungsbefugnis gegenüber anderen Behörden, Informationen zu veröffentlichen)?**

Auskunftsrechte nach dem Informationsfreiheitsgesetz müssen auch durchsetzbar sein. Aus Sicht der Freien Demokraten ist der Datenschutz- und Informationsfreiheitsbeauftragte eine geeignete Stelle, dem Bürger in seinem Auskunftsrecht zu unterstützen. Wir wollen daher im Rahmen der Evaluierung des Informationsfreiheitsgesetzes – in die auch die zivilgesellschaftlichen Interessensverbände einzubinden sind – auch über weitere Befugnisse des LfDI sprechen.

**14. Befürworten Sie ein "Open Data-Prinzip" in den Verwaltungen, nachdem erhobene Daten maschinenlesbar und frei nachnutzbar veröffentlicht werden? Wie soll dieses ausgestaltet sein und welche Maßnahmen erachten Sie dafür als notwendig?**

Das Open-Data-Prinzip ist ein wichtiger Baustein für eine moderne und serviceorientierte Verwaltung, trägt zur Transparenz des Verwaltungshandelns bei und ermöglicht wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen. Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsen-Anhalt eine umfassende Open-Data-Strategie entwickelt und geeignete Verwaltungsdaten proaktiv bereitstellt. Dafür sollte das Open-Data-Prinzip im E-Government-Gesetz verankert und klar festgelegt werden, welche Daten in welcher Form veröffentlicht werden müssen.

## **Kriminalpolizei**

**1. Welche Anforderungen stellen Ihre Partei an eine qualifizierte Aus- und Fortbildung von zukünftigen Kriminalistinnen und Kriminalisten und wie wollen Sie diese gewährleisten?**

Die Freien Demokraten unterstützen die spezialisierte Ausbildung in den Bereichen Schutz und Kriminalpolizei. Obwohl derzeit keine Überlegungen zur Einführung einer eigenen Laufbahngruppe geführt werden, so könnte dies am Ende einer Entwicklung zu einer spezialisierten Ausbildung stehen.

**2. Wie beabsichtigen Sie, Perspektiven für Tarifbeschäftigte in der (Kriminal-)Polizei zu schaffen?**

In dem wir die Tarifbeschäftigten gut bezahlen und ihre Arbeitsbedingungen verbessern.

**3. Wie bewertet Ihre Partei die Umsetzung der Dienstpostenbewertung in der Kriminalpolizei, insbesondere im Hinblick auf eine deutliche Spezialisierung in Fachbereichen (Spezialistenlaufbahnen) und gibt es aus Ihrer Sicht Anpassungsbedarf?**

Die Freien Demokraten befürworten die Spezialisierung insbesondere auch in der Kriminalpolizei. Dies muss sich auch in der Dienstpostenbewertung widerspiegeln.



**4. Welche Maßnahmen sehen Sie in Ihrer Partei, um die Attraktivität des Kriminaldienstes im Vergleich zur Schutzpolizei zu erhöhen? Halten Sie das für erforderlich?**

Sowohl die Bereiche Schutzpolizei als auch Kriminalpolizei müssen eigenständig ein attraktives Arbeitsumfeld für Vollzugsbeamte sein. Diesbezüglich unterstützen wir als FDP alles was die Verbesserung der Arbeitsbedingungen unterstützt. Dazu wird aus unserer Sicht auch die weitere Spezialisierung und eine angemessene Besoldung beitragen.

**5. Welche Lehren können wir aus Sicht Ihrer Partei für die Arbeitswelt der (Kriminal-)Polizei aus der Corona-Lage 2020 (und darüber hinaus) bereits ziehen? Welche personellen, technischen und organisatorischen Maßnahmen halten Sie für erforderlich?**

Aus Sicht der Freien Demokraten hat die Corona Lage 2020/21 gezeigt, dass die Digitalisierung vorangetrieben werden muss. Die Versäumnisse der Vergangenheit müssen schnell beseitigt werden. Nur mit Möglichkeiten des dezentralen HomeOffice ist der Erhalt der Arbeitsfähigkeit der Behörden möglich. Dies bedeutet wir brauchen Hightech für die Polizei auch und besonders im Bereich der digitalen Infrastruktur.